

Newsletter – Ausgabe Nr. 6

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) am 7.4.2017 waren u.a. die Fördermaßnahmen des Landes in den Bereichen Städtebauförderung, Nahmobilität, Kommunaler Straßenbau sowie Regionale Kulturförderung Thema. Unsere Standpunkte dazu und zu weiteren Themen der Fraktionsarbeit der letzten drei Monate findet Ihr in dieser Ausgabe bzw. auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de>

Die Themen im Überblick:

Neuigkeiten aus den Ausschüssen

Vertagung der Sozialkonferenz – Armutszeugnis für die XXL-Koalition	Seite 1
Brachflächen haben Vorrang bei der Gewerbeflächenentwicklung	
Qualität im Ganzttag wird Thema eines Bildungsforums	Seite 2
Personaleinsatz im Forstbereich hinterfragt	
Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Trassen-Entwurf des ADFC auch prüfen	

Wichtiges aus der 13. Verbandsversammlung

Änderung des Regionalplans für die Westfalenhütte in Dortmund	
Gleichstellungsplan des RVR – Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken	
Leichte Sprache – Verwaltung wird aktiv – AfD offenbart Menschenverachtung	
Nahverkehrsplan Bochum – Antrag der Koalition für mehr Sicherheit	Seite 3

Außerdem ...

IGA 2027 wird konkreter

Einige Pressemitteilungen

Eine anregende Lektüre wünscht DIE LINKE im Regionalverband Ruhr!

Neuigkeiten aus den Ausschüssen

Vertagung der Sozialkonferenz – Armutszeugnis für die XXL-Koalition

Völlig überraschend zog die Verwaltung im Verbandsausschuss ihr Konzept für die längst überfällige Sozialkonferenz des RVR zurück. Hintergrund war Kritik aus den Reihen der XXL-Koalition (CDU, SPD und Grünen) und aus dem Kommunalrat, in dem die Oberbürgermeister und Landräte sitzen. Vor allem die CDU war der Meinung, dass eine solche Konferenz dem „Image“ der Region schaden würde und womöglich die gewünschten Effekte der geplanten Standortmarketingkampagne aushebeln könnte.

Dadurch kann es erneut zu Verzögerungen bei der Konferenz kommen. Das ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR ein Armutszeugnis für den RVR und das hat Wolfgang Freye in der Sitzung auch deutlich gemacht. Gegen die immer weiter wachsende Langzeitarbeitslosigkeit und die damit verbundene Armut in der Region muss endlich alles getan werden. ‚Wegtauchen‘ löst kein Problem! DIE LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Sozialkonferenz noch wie geplant in diesem Jahr stattfindet.

Zum Hintergrund: Die Fraktion DIE LINKE hatte schon vor eineinviertel Jahren in der Haushaltsdiskussion die Erarbeitung eines Konzeptes für einen sozialen Arbeitsmarkt, gegen Langzeitarbeitslosigkeit in der Region beantragt. Ein Teil des Antrages, in dem es um die Sozialkonferenz ging, wurde schließlich auch beschlossen.

Brachflächen haben Vorrang bei der Gewerbeflächenentwicklung

Auf unseren Antrag hin stellte die Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH ihr Programm zur Mobilisierung von Brachflächen vor, die Entwicklungshemmnisse aufweisen. Davon ist ca. die Hälfte aller Flächen betroffen, die als Gewerbeflächen im Ruhrgebiet im Regionalplan ausgewiesen sind. Nun will man in den nächsten drei Jahren 370 ha davon für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe erschließen.

Die Fraktion DIE LINKE regte im Wirtschaftsausschuss an, auch jene Brachflächen in den Blick zu nehmen, die unter Bergaufsicht standen bzw. noch stehen. Im Ergebnis unsere Anfrage zu den Möglichkeiten der Nutzung und Vermarktung dieser Flächen wird es im Juni einen Bericht der RAG geben.

Qualität im Ganzttag wird Thema eines Bildungsforums

Wie kann die Qualität und Quantität in der Ganztagsbetreuung an den Schulen im Ruhrgebiet erhöht werden? Welche Forderungen will die Region gegenüber dem Land erheben?

Um diese Fragen diskutieren zu können, hat unsere Fraktion in den Kultur- und Sportausschuss den Antrag eingebracht, dieses Fragen auf einem der nächsten Bildungsforen Ruhr zu diskutieren. Der Antrag wurde angenommen.

Personaleinsatz im Forstbereich hinterfragt

Der RVR ist der größte kommunale Waldbesitzer. Die 80 Mitarbeiter*innen und die 12 Auszubildenden des Eigenbetriebes Ruhr Grün bewirtschaften 16.000 Hektar Freiflächen, davon 14.500 Hektar Wald. 43,8 % der Belegschaft sind über 50 Jahre alt. Im Rahmen einer Anfrage wollten wir unter anderem wissen, welche altersgerechten Arbeitsplätze geschaffen werden, wie man die Ausbildung erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern will.

Radschnellweg Mittleres Ruhrgebiet – Trassen-Entwurf des ADFC auch prüfen

Wo soll der neue Radschnellweg „Mittleres Ruhrgebiet“ zwischen Essen und Gladbeck, der RS 2, einmal entlang führen? Im Vorfeld der im Sommer vorliegenden Machbarkeitsstudie traf sich die Fraktion mit Vertreter*innen des ADFC Essen, Kreis Recklinghausen und Oberhausen, um mögliche Streckenalternativen zu diskutieren.

Im Nachgang haben die Verbände des ADFC eine Alternativroute für den Streckenabschnitt Bottrop-Gladbeck entwickelt. In der Sitzung des Planungsausschusses baten wir die Verwaltung, im Arbeitskreis Radschnellwege auch diesen Trassenentwurf in die Planungsüberlegungen einzubeziehen.

Wichtige Beschlüsse der 13. Verbandsversammlung

Änderung des Regionalplans für die Westfalenhütte in Dortmund

Der Verbandsversammlung lag eine Änderung des Regionalplans vor, die die weitere Erschließung des Geländes der Westfalenhütte in Dortmund als neues Industrie- und Gewerbegebiet zum Ziel hatte. Für die Fraktion DIE LINKE hat Utz Kowalewski kritisch angemerkt, dass die angestrebte Änderung Probleme beim Arten- und Freiraumschutz und im Bereich Verkehr nicht löst bzw. erst schafft.

Diese Probleme müssen auf der Ebene der kommunalen Flächennutzungs- und Bauleitplanung gelöst werden. So darf die beabsichtigte Erweiterung des Betriebsgeländes von Thyssen-Krupp zu keiner weiteren Erhöhung der Verkehrsbelastung im Bereich der Brackeler Straße und der Innenstadt führen. Der angedachte Bau der Nordspange muss ebenso wie die Schaffung von neuen Naturschutzflächen verbindlich in den Plänen verankert werden.

Gleichstellungsplan des RVR – Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken

Unsere Fraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Gleichstellungsbeauftragte in der Verbandsversammlung die Eckpunkte des neuen Gleichstellungsplanes vorstellen konnte – das war nämlich zunächst nicht klar, CDU und SPD hatten keinen Bedarf, obwohl sie sich laut Koalitionsvertrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einsetzen wollen. Papier ist eben geduldig.

Für die Fraktion DIE LINKE regte Eleonore Lubitz an, in 2018 eine Zwischenbilanz zu ziehen, um ggf. eine Nachsteuerung vornehmen zu können. Das könnte insbesondere bei der Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahre nötig sein. Der Verband ist gefordert, hier ggf. im Haushalt 2018 die entsprechenden Mittel bereitzustellen.

Leichte Sprache – Verwaltung wird aktiv – AfD offenbart Menschenverachtung

Auf Grund unserer Antragstellung schon zum Haushalt 2016 wird der Internetauftritt des Verbandes in die-

sem Jahr barrierefrei gestaltet. In der letzten Verbandsversammlung haben nun die Piraten die Erarbeitung von Materialien zum Radschnellweg 1 in „Leichter Sprache“ beantragt. Die Große Koalition wollte das so nicht mittragen und brachte den Ersetzungsantrag ein, zuerst die Arbeit des Verbandes in „Leichter Sprache“ vorzustellen.

Wolfgang Freye, der sich für die Zusammenführung beider Anträge aussprach, nahm auch Stellung zu den menschenverachtenden Äußerungen des AFD-Fraktionsvorsitzenden Alan Imamura, der beide Anträge mit der Begründung ablehnte, weil er „Leichte Sprache“ für Diskriminierung von Behinderten hält – ein Unfug, der auch in krassem Gegensatz zu den Anforderungen der UN-Behindertenrechts-konvention steht. Für die Erwiderung erhielten wir fraktionsübergreifend Beifall.

Nahverkehrsplan Bochum – Antrag der Koalition für mehr Sicherheit

Auf der Tagesordnung der Verbandsversammlung stand auch eine Stellungnahme des RVR zum Entwurf des Nahverkehrsplans der Stadt Bochum. Die Große Koalition hatte einen offenbar unter Federführung der CDU erstellten Antrag gestellt, dass in den Nahverkehrsplan auch Fragen der Sicherheit aufgenommen werden sollen, wie z.B. flächendeckende Video-Überwachung. SPD und Grüne – die den Antrag mit gestellt hatten – fühlten sich damit anscheinend so wenig wohl, dass die SPD-Fraktionsvorsitzende, Martina Schmück-Glock, selbst anregte, den Inhalt des Antrages erst einmal im neuen Arbeitskreis von des RVR mit den Verkehrsverbänden VRR und NWL zu behandeln – merkwürdig, wie die XXL-Koalitionäre zusammenarbeiten.

Unsere Fraktion hat auch die Überweisung des Wahlkampf-Show-Antrages aus der CDU abgelehnt und gefordert, dass man bei zukünftigen Stellungnahmen des Verbandes stärker darauf achtet, dass bei einer Leistungserbringung durch Dritte die Einhaltung der ÖD-Tarifverträge in vollem Umfang gewährleistet werden muss. Das Tarifreuegesetz des Landes bildet die Grundlage dafür.

Außerdem ...

IGA 2027 wird konkreter

Am 5. Mai 2017 erfolgt die Vorstellung der Ergebnisse zu Projekten, die man in den kommenden zehn Jahren in den Themenfelder „Zukunftsgärten“ und „Unsere Gärten“ realisieren will. Diese werden in einem mehrtägigen Workshop zusammen mit verschiedenen Akteuren aus den kommunalen Verwaltungen entwickelt. Neben den Konzeptideen geht es vor allem um Finanzierungstrategien. Die Ergebnisse des Workshops werden Bestandteil der Beschlussfassung zur Umsetzung der IGA 2027 in den Kommunen und im RVR im Herbst 2017 sein.

Einige Pressemitteilungen ...

Darstellung des RVR in Leichter Sprache beschlossen

26.04.2017

Die LINKE im RVR begrüßt den Beschluss der Verbandsversammlung, den Verband in einer Broschüre in „Leichter Sprache“ vorzustellen. Bereits mit dem Beschluss zum Haushalt 2016 hatte die Politik auf Antrag der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) beschlossen, den Internetauftritt des Verbandes barrierefrei und in „Einfacher Sprache“ zu gestalten. Der jetzige Beschluss ist eine sinnvolle Fortsetzung.

„In drei Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet erstmals die Chance selbst zu entscheiden, wer sie im Ruhrparlament vertreten soll,“ so Wolfgang Freye, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu. „Das setzt voraus, dass alle Bürgerinnen und Bürger verstehen können, was der RVR macht und welchen Einfluss er auf das Leben, Wohnen und Arbeiten in den Städten und Kreisen des Ruhrgebietes hat. Eine Broschüre zu den Aufgaben des Verbandes ist deshalb für uns ein weiteres Mosaiksteinchen, um auch im RVR die Inklusion konkret voranzubringen.“

Deshalb sprach sich die Fraktion DIE LINKE im RVR auf der letzten Verbandsversammlung auch für den Antrag der Piraten-Fraktion aus, über den deutschlandweit beachteten Bau des Radschnellweg Ruhr eine Publikation in „Leichter Sprache“ herauszugeben. Dieser Antrag scheiterte unverständlicher Weise an der XXL-Koalition.

Wolfgang Freye dazu weiter: „Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll als nächstes einen Leitfaden zur barrierefreien Gestaltung der Verwaltungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu erarbeiten. Über die Darstellung einzelner Projekte könnte man einen höheren Bekanntheitsgrad der Leistungen des RVR bei jenen Menschen erreichen, die Schwierigkeiten mit dem Verstehen der deutschen Sprache haben und diese viel stärker als bisher zur Teilhabe und Mitwirkung anregen.“

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält auch nach der Auswahl der namhaften Agentur „Thjnk“ an ihrer Kritik zur Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit einer Standortmarketingkampagne für das Ruhrgebiet fest. Aus Sicht der Fraktion sollten die 10 Mio. Euro in die Erarbeitung von Kooperationsprojekten zwischen den Kommunen fließen, bspw. um Strategien und Projekten zur Förderung des Zugangs von Langzeitarbeitslosen zum Arbeitsmarkt und zur Entwicklung Öffentlicher Beschäftigung zu entwickeln. Damit könnte man Imagegewinne erzielen, die für sich sprechen.

„Die Palette der Namen für die die Agentur Thjnk bereits tätig war, ist kein Garant dafür, dass auf der Grund der Kampagne mehr Investoren ins Ruhrgebiet kommen und damit mehr Arbeitsplätze entstehen,“ so Fatma Karacakurtoglu, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des RVR für die Fraktion DIE LINKE. „Bereits die Umfrageergebnisse zur Außen- und Innenansicht auf das Ruhrgebiet im letzten Jahr in Vorbereitung auf die Kampagne haben deutlich gemacht, dass bei einer Unternehmensentscheidung Faktoren wie Verkehr, Bildung, die Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie die Lebensqualität im Vordergrund stehen und nicht bunte Bilder. Das sind die Fragestellungen, auf die das Ruhrgebiet Antworten finden muss.“

Die Fraktion DIE LINKE geht davon aus, dass das Kampagnenkonzept in der kommenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses im März endlich der Öffentlichkeit vorgestellt wird, nachdem die Auswahl der Agentur hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Wir werden das Konzept der Agentur kritisch prüfen, insbesondere ob die von der Großen Koalition selbst angestrebte Mitfinanzierung der Kampagne durch Unternehmen oder die Einbindung des kreativen Potentials der Region umgesetzt werden. Die Zusammenarbeit von Thjnk mit der Essener TAS Emotional Marketing GmbH allein kann es nicht sein. Im Ausschuss werden wir auch nachfragen, wozu die Gelder im Detail verwendet werden und vor allem wie Erfolge messbar gemacht werden sollen. Das ist nämlich völlig unklar.“

Genehmigung für Datteln IV weiter fragwürdig**20.01.2017**

Die gestern durch die Bezirksregierung Münster erteilte neue immissionsschutzrechtliche Genehmigung für das seit 2007 umkämpfte Uniper Kohlekraftwerk Datteln IV kann aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auflagen eher „Schönheitskorrekturen“ darstellen.

„Die mit der Genehmigung verbundenen Auflagen lösen die gravierenden Planungsfehler von vor 10 Jahren nicht. Ein weiteres Mal werden die klaren gesetzlichen Regeln zum Schutz der Natur, vor Immissionen und Emissionen zugunsten der e.on-Tochter Uniper verbogen, um den ‚Schwarzbau‘ Datteln IV zu legalisieren. Die ‚Arroganz der Macht‘ von KohleKonzernen wie Uniper hat sich ein weiteres Mal durchgesetzt,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Wir haben kein Verständnis dafür, dass Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin darin auch noch einen ‚guten Tag für den Wirtschaftsstandort NRW‘ sieht. Zur Sicherung der Versorgung mit Strom und Fernwärme wird Datteln IV jedenfalls nicht benötigt, das zeigt ja schon die Tatsache, dass die jahrelangen Verzögerungen zu keinen Versorgungslücken geführt haben. Garrelt Duin bestätigt mit seinen Äußerungen nur erneut, dass er sich als Lobbyist für die großen Kohlekonzerne versteht, die erst mal Fakten schaffen und dann sehen, wie sie durchkommen.“

Statt weiter auf Kohleverbrennung zur Energieerzeugung zu setzen, sollte die Landesregierung die Anstrengungen zur Förderung der Entwicklung von Speichermöglichkeiten für Erneuerbare Energien stärker unterstützen und voranbringen. Solche Speichermöglichkeiten sind dringend nötig, um die Erneuerbaren Energien besser nutzen zu können.

„Unsere Fraktion hält es für richtig, dass der BUND prüft, gegen die Entscheidung der Bezirksregierung weiter gerichtlich vorzugehen,“ so Wolfgang Freye abschließend. „Vielleicht ergibt sich so noch eine Chance zu verhindern, dass das Kraftwerk ans Netz geht. Wirtschaftlich ist der Bau des Kraftwerkes ohnehin nicht mehr darzustellen. Vermutlich ging es Uniper zuletzt nur noch darum, sich durchzusetzen.“

Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.

Impressum:

DIE LINKE im RVR, V.i.S.d.P. Heike Kretschmer Gutenbergstr. 47; 45128 Essen
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334
Email: dielinke@rvr-online.de Internet: www.dielinke-rvr.de